

Aufrüstung auf Höchststand

Friedensforschungsinstitut legt Bericht zu Militärausgaben vor

WK

Stockholm. Die weltweiten Militärausgaben haben 2023 einen Höchststand erreicht. Mit für diesen beispiellosen Anstieg verantwortlich sei auch der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, hieß es in einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri. Demnach gibt kein Land so viel Geld für das Militär aus wie die USA. Zum neunten Mal in Folge hätten die Zahlen die Ausgaben des Vorjahres übertroffen, hieß es weiter. Demnach stiegen die Ausgaben 2023 inflationsbereinigt um 6,8 Prozent auf 2,44 Billionen US-Dollar (rund 2,28 Billionen Euro) – der größte Anstieg im Jahr-zu-Jahr-Vergleich seit 2009.

„Alle Regionen, die wir abbilden, haben zugenommen. Das gibt uns eine Perspektive für eine Welt, die sich weniger sicher fühlt und vielleicht eher auf harte Sicherheitsmaßnahmen als auf diplomatische Mittel zurückgreift“, sagte Sipri-Forscher Lorenzo Scarazzato. Ein Land nehme Spannungen und Instabilität wahr und strebe daher statt nach diplomatischen Mitteln lieber nach harter Sicherheit, investiere also möglicherweise mehr in Militärausgaben. „Einer der Hauptgründe ist die russische Invasion in der Ukraine. Wir haben gesehen, wie das in Europa zu einem Anstieg der Militärausgaben geführt hat“, so Scarazzato.

Die USA bleiben ungeschlagen an der Spitze der Staaten, die die meisten Ausgaben für das Militär haben. Sie alleine machten mit 916 Milliarden US-Dollar (knapp 859 Milliarden Euro) mehr als ein Drittel (37 Prozent) der weltweiten Militärausgaben aus – etwa das Dreifache vom zweitplatzierten China. Mit zwölf Prozent der weltweiten Ausgaben gab China geschätzte 296 Milliarden Dollar für das Militär aus – sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Zusammen machten nur diese beide Staaten etwa die Hälfte der weltweiten Ausgaben 2023 aus.

Die obersten sieben Plätze blieben laut Bericht konstant. Auf Platz drei stand Russland, gefolgt von Indien und Saudi-Arabien. Deutschland rangierte auf dem siebten Platz – kurz hinter Großbritannien. „Wenn es um Deutschland geht, wird es oft kritisiert, weil es das Zwei-Prozent-Ziel der Nato noch nicht erreicht hat“, sagte der Sipri-Forscher. „Was wir vielleicht nicht vergessen sollten, ist, dass Deutschland eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte in Europa ist und nach dem Vereinigten Königreich die zweitgrößten Militärausgaben in Europa tätigt.“ Deutschland habe damit einen effektiven Anteil an den Ausgaben. Die Bundesregierung stellte für 2024 das Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels in Aussicht.

